

An das
Bundesministerium für Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

Wien, 8. März 2006
GZ 301.514/001-D2/06

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über Änderungen des Sachwalterrechts im allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch, im Ehegesetz, in der Jurisdiktionsnorm, im Außerstreitgesetz, im Konsumentenschutzgesetz, im Vereinssachwalter- und Patientenanwaltsgesetz und in der Notariatsordnung (Sachwalterrechts-Änderungsgesetz 2006)

Der Rechnungshof bestätigt den Erhalt des mit Schreiben vom 31. Jänner 2006, GZ BMJ-B4.973/0003-I 1/2006, übermittelten Entwurfs eines Sachwalterrechts-Änderungsgesetzes 2006 und teilt mit, dass aus der Sicht der Rechnungs- und Gebarungskontrolle keine Bedenken gegen die vorgeschlagenen Regelungen bestehen.

Von dieser Stellungnahme werden u.e. 25 Ausfertigungen dem Präsidium des Nationalrates und je zwei Ausfertigungen dem Bundesministerium für Finanzen sowie Herrn Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, Dr. Alfred Finz, übermittelt.

Der Präsident:
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: